



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Geyer, Albin: Die Krisis in Ungarn

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

dieser Artikel schon ein folgenschweres Einspruchsrecht Rußlands in den Donaufürstentümern, das für Österreich mehr als bedenklich war, so erlangten die Artikel 7, 8 und 14 eine noch größere Bedeutung. Die Pforte garantierte darin den russischen Pilgern den freien Besuch Jerusalems und anderer heiligen Orte, ferner der christlichen Religion und ihren Kirchen Schutz; endlich aber erlaubte sie, daß Rußland wie die andern Mächte außer der Hauskirche der Gesandtschaft in Konstantinopel auch in Galata eine öffentliche Kirche baue, und räumte für diese Kirche und ihre Bediensteten Rußland ein Einspruchsrecht ein. Aus diesem ebenso klaren wie beschränkten Einspruchsrechte Rußlands hat später die russische Diplomatie dank der Unfähigkeit englischer Staatsmänner ein Einspruchs- und Schutzrecht Rußlands über die ganze Orthodoxie im Orient ausgebildet, das zu dem formellen Hauptanlasse des Krimkrieges wurde.

(Schluß folgt)



Die Krisis in Ungarn

Von Albin Geyer



ie Mißgriffe, die die Politik der habsburgischen Monarchie nach den militärischen Niederlagen von 1859 und 1866 beging, rächen sich erst in der Gegenwart. Die Landverluste in Oberitalien sind durch die „Okkupation“ von Bosnien und der Herzegowina ausgeglichen worden, und das Ausscheiden aus dem Deutschen Bunde hat dem Ansehen und der Großmachtstellung des Reiches keinen merkbaren Schaden zugefügt. Nachteile entwickelten sich erst aus der 1867 geschaffnen dualistischen Neugestaltung der Monarchie, die schon die politische Betätigung nach außen hin nicht mehr in der frühern Weise erlaubt. Der Dualismus verdankt seinen Ursprung dem Bestreben, an Preußen für 1866 Rache zu nehmen; um die Ungarn dafür zu begeistern, gab man ihnen so ziemlich alles, was sie von ihren „arbiträren“ Rechten beehrten. So bot die Lösung der deutschen nationalen Frage den Magyaren Gelegenheit, die Bande, die sie als Fessel empfanden, zu zerreißen und sich dem deutschen Teile der Monarchie gegenüber in ihrem Sinne freiheitlich zu stellen. Seitdem haben sie die errungne nationale Freiheit nicht nur zu befestigen, sondern auch zu erweitern gesucht, wobei sie sich auch nicht schenten, gegen andre Gewalt zu üben, um selbst zu herrschen. Was sie sich dabei an nationalen Übergriffen erlaubt haben, ist bekannt, soll aber in der heutigen Betrachtung aus dem Spiel gelassen werden. Den politisch befähigten Köpfen unter den Magyaren, namentlich Deak und Andrássy, galt der Ausgleich von 1867 wirklich als eine dauernde Einrichtung, deren Bestimmungen von den Ungarn wohl unter allen Umständen behauptet aber auch beachtet und gehalten werden mußten. Sie empfanden sehr wohl, was ihnen ein günstiges politisches Geschick schon nach achtzehn Jahren, seit ihr Aufstand mit russischer Hilfe niedergeschlagen

Grenzboten III 1903

worden war, jetzt in den Schoß warf, und sie wollten ihrem Volk eine unangreifbare Stellung in der Monarchie sichern. Dagegen ließ es sie sehr kalt, warum das Haus Habsburg so eilig und gründlich Frieden mit ihnen gemacht hatte; es ist ihnen nie in den Sinn gekommen, ernstlich an der Revanche für 1866 teilnehmen zu wollen. Als die Kriegspartei in Wien noch eifrig an Rüstungen dachte und das Bündnis zwischen Frankreich, Österreich und Italien nur an der Unentschiedenheit Napoleons des Dritten scheiterte, erklärte der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy schon am 28. Juli 1870 — also noch vor den deutschen Siegen —, die Regierung hege nicht die Absicht, die Zeitumstände zu benutzen und zu dem Stande der Dinge vor 1866 zurückzukehren, weil das der Monarchie keinen Nutzen, sondern nur Schaden bringen würde. Es ist auch gewiß ein charakteristisches Zeichen, daß der Bündnisvertrag vom Jahre 1879 zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, der alle Zwiespältigkeiten zwischen beiden Reichen endgültig beseitigte, neben dem Namen Bismarcks auch den Andrassys trägt, der inzwischen österreichisch-ungarischer leitender Minister geworden war.

Die Traditionen Andrassys und Deaks, den die Magyaren in dankbarer Erinnerung den „Weisen der Nation“ zu nennen pflegen, sind nicht lange von den Nachfolgern dieser beiden staatsmännisch hochbegabten Führer eingehalten worden, auch was noch heute von den gemäßigten Magyaren dem Drängen der Unabhängigen gegenüber als Standpunkt Deaks bezeichnet wird, geht weit über die damaligen Ansichten ihres „Weisen“ hinaus. Wenn er kurz vor seinem Tode erklärte, seine Aufgabe sei erfüllt, seit die Führer der Linken, Ghyicz und Tisza, ihre staatsrechtliche Opposition gegen den Ausgleich aufgegeben hätten, so war das eine Selbsttäuschung, die man allerdings aus den ihn umgebenden Strömungen erklären kann. Aber die rein erhaltende Politik Deaks war mit demselben Tage aufgegeben worden, wo die Trümmer seiner einst ausschlaggebenden Partei von der Linken Tiszas aufgenommen wurden. Tisza wollte die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit Ungarns nach jeder Richtung hin zur Geltung bringen, und er tat das auch schon unter den Ministerien der Deakpartei. Die Zugeständnisse, die die Magyaren in der Titel- und der Armeefrage schon damals errungen haben, sind keineswegs in den Ausgleichsgesetzen begründet. Als er Ende 1875 Ministerpräsident wurde, waren in Österreich die Parlamentskrise und der Verfall des deutschen Ministeriums Auerperg schon so weit vorgeschritten, daß von dieser Seite kein Einfluß mehr geübt wurde. Als der russisch-türkische Krieg kam, hielten Tisza und Graf Andrassy die Türkenfreunde in Pest zurück und traten für die Okkupation Bosniens ein, während der Wiener Reichsrat in Opposition dagegen verharrte. Und als die Deutschliberalen in demokratischer Verblendung die Frage der Verminderung der Armee aufwarfen, trat Tisza für die Andrassysche Politik des Berliner Vertrags ein und wußte die Folgen davon auch auf militärischem Gebiet mit aller Entschlossenheit zu ziehen, obgleich ihn die bosnische Okkupation in seinem Bemühen, das ungarische Defizit zu beseitigen, sehr hinderte. Aber Tisza war sich klar darüber, was er tat, und seine Entschiedenheit, durch die er sich die dauernde Gunst der Krone sicherte,

hat ihn in seinen Bestrebungen, Ungarn schrittweise immer selbständiger zu machen, mehr gefördert, als schließlich für die Gesamtmonarchie gut war.

Die Ungarn haben seit 1867 eine große Reihe politischer Zugeständnisse an die magyarische Unabhängigkeitspartei errungen, sodaß die politische Gleichheit der beiden Reichshälften, wie sie beim Abschluß des Dualismus verbürgt wurde, einer vollständigen Ungleichheit Platz gemacht hat, daß mit Hilfe des Dualismus die Magyaren ihre Vorherrschaft in Ungarn zu einer wahren Vormacht in der Monarchie umgestaltet haben, was um so leichter ging, als bei der parlamentarischen Zerrüttung in Österreich von dort aus niemals Widerstand geleistet wurde, und weil die Krone den äußerlich jederzeit von Loyalität triefenden Ungarn immer zu willien war, so weit es eben gehn konnte. Die Methode, nach der die Magyaren dabei verfahren, blieb immer gleich. Durch Schaffung von Präzedenzfällen und einseitige Auslegung der Ausgleichsgesetze, wobei die Ungarn immer alle einer Ansicht waren, haben zunächst Tisza und seine politischen Freunde zu der Zeit der noch im Sinne Deaks regierenden Ministerien, später unter ihm die weiter links stehenden Parteien nach und nach die Ausgleichsbestimmungen im Sinne ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen umgewandelt, allemal unter dem nur sanften Widerstande oder sogar der stillen Förderung der ungarischen Regierung. Eine eigentlich altkonservative Richtung, die dem Einheitsstaat anhing, gab es in Ungarn so gut wie gar nicht, Männer wie Sennyey, Graf Apponyi (der ältere) usw. waren dünn gesät, und ihre Ansicht war im Abgeordnetenhaus kaum vertreten. So sahen sich im ungarischen Reichstage alle Regierungen, anfangs sogar die rein deakistischen, ohne konservative Unterstützung der Opposition der Unabhängigkeitspartei gegenüber, mit der sie, um die Herrschaft der liberalen Partei zu behaupten, zeitweilig im magyarischen Chauvinismus wetteifern mußten. Sich zu einer konservativen Partei auf dem Standpunkt Deaks umzubilden, fehlte ihnen die Neigung. Tatsächlich ist der Anstoß zu den sich häufenden „staatsrechtlichen Errungenschaften“ nach dem Ausgleiche von 1867 immer von der Opposition ausgegangen, aber diese Anregungen wurden dann von der liberalen Partei, wenn auch in einer die Krone weniger verletzenden und die Monarchie weniger schädigenden Gestalt, bereitwillig übernommen, und die Regierung, die zwar nicht nach dem Wortlaut der Verfassung aber hergebrachtermaßen eine parlamentarische war, tat niemals ernsthaften Einspruch, sondern gab der Mehrheit des Hauses nach. Die Krone stimmte in den meisten Fällen nach einigem Zögern zu, da ihr bei dem parlamentarischen und nationalen Wirrwarr in Österreich das festgeschlossene Ungarn immer als sichere Stütze erscheinen mußte, während in Österreich die Deutschliberalen und die später aus ihnen durch Spaltung hervorgegangenen Gruppen bis auf unsere Tage dem Wahn huldigen, daß die Ungarn ihnen wieder zur verfassungsmäßigen Herrschaft verhelfen würden, und schon aus diesem Grunde einer Machterweiterung der Magyaren eher beifällig zusahen, als daß sie oppositionell dagegen auftraten. Die politisch praktischen Magyaren halten von solchen politischen Theorien blutwenig. Allerdings fußte der Deakische Ausgleich auf dem Grundgedanken: hüben die deutsche, drüben die magyarische

Hegemonie; aber das war bloß in dem Sinne gedacht, daß die Deutschen wohl in Österreich herrschen, aber vertragsmäßig verhindert werden sollten, einheitsstaatliche Bestrebungen jemals wieder auf Ungarn auszudehnen. Daß die Deutschen nicht einmal verstehen würden, ihre Vorherrschaft in Österreich auf die Dauer zu behaupten, daran hatte der „Weise“ des ungarischen Volkes gar nicht gedacht.

So hatte bei der Schwäche Österreichs und der Nachgiebigkeit der Krone die ungarische Politik unter Tisza und seinen Nachfolgern Erfolg auf Erfolg erzielt, aber man konnte voraussehen, daß schließlich einmal ein Punkt erreicht werden müsse, wo die magyarische Politik der Machterweiterung in Stappen mit den Erfordernissen der Gesamtmonarchie und den Rechten der Krone nicht mehr in Einklang zu bringen sei. Auf diesem kritischen Punkt ist man nun auf zwei an sich ziemlich fernliegenden Gebieten angelangt: in der Erneuerung des wirtschaftlichen Ausgleichs und in der Frage der gemeinsamen Armee.

Es ist schon im vorigen Jahre (Nr. 43 und 44, S. 175 und 235) darauf hingewiesen worden, daß die zehnjährige Erneuerungsklausel des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn der hauptsächlichste Ausgangspunkt für die sich fortwährend steigenden innern Schwierigkeiten der habsburgischen Monarchie ist. Jedenfalls boten die Ausgleichsstreitigkeiten aller zehn Jahre den Magyaren auch die erwünschte Gelegenheit, ihr Gefühl der Überlegenheit an den Vorteilen, die sie durch ihr geschlossenes taktisches Vorgehen erlangten, bis zum Übermut zu steigern. Tisza hatte 1877 und 1887 zwei für Ungarn günstige Ausgleichs durchgesetzt, aber es blieb den leitenden Kreisen der Monarchie nicht verschlossen, daß damit für die Magyaren des Guten mehr als genug getan sei, und daß der Ausgleich im Jahre 1897 nicht ohne große Schwierigkeiten zustande zu bringen sein werde. Das war umsomehr der Fall, als die Nachfolger des Ministeriums Tisza, Szapary und Beckersle, nach dem Muster aller liberalen Parteien (wie es auch heute in Frankreich der Fall ist), wenn das Feld der materiellen Interessen abgegrast ist, den Kulturkampf eingeleitet hatten, und infolgedessen nun auch in Ungarn eine tiefe Parteizerklüftung eingetreten war, was wieder ein heftiges Aufleben der chauvinistischen Strömungen nach sich zog. Dem gedachte man durch energische Ministerien in beiden Reichshälften zu begegnen. Für Ungarn wurde Baron Banffy ausersehen, eine Persönlichkeit, die entschlossen war, die Rechte der Krone gegen die Forderungen des magyarischen Chauvinismus aufrecht zu erhalten, die geeignet sind, am letzten Ende die Machtstellung des Reiches und der Dynastie zu gefährden. Daß er aber im übrigen einem diesen Rahmen nicht überschreitenden Übergewicht Ungarns keineswegs abgeneigt war, bewies er durch das Aufwerfen und die erfolgreiche Durchkämpfung der Kalnothkrise, in der er es durchsetzte, daß das Ministerium des Außern in Zukunft nur noch mit Zustimmung des ungarischen Kabinetts entscheidende Schritte unternehmen darf. Sonst war er aber in allen politischen Dingen ein ehrlicherer Vertrauensmann der Krone als alle seine liberalen Vorgänger. Er faßte die ihm zugewiesene Aufgabe mit rücksichtsloser Entschiedenheit an, schwächte bei den Wahlen, allerdings durch Gewaltmittel, wie sie sonst nur

noch in Galizien, Serbien und Bulgarien möglich sind, die Opposition furchtbar, zertrümmerte sogar die alte liberale Regierungspartei und umgab sich mit einer Reihe politisch bisher kaum genannter Männer, die ihm treu ergeben und bereit waren, jeden Ausgleich mit Österreich abzuschließen, den er gut heißen würde. Das wäre gar nicht einmal nötig gewesen, denn der österreichische Unterhändler, Finanzminister von Bilinski, machte es den Ungarn sehr leicht. Um seine Forderungen für die Österreichisch-Ungarische Bank durchzusetzen, gab er alle übrigen Vorteile Österreichs preis. Er ist seitdem Bankgouverneur geworden, ob post hoc oder propter hoc, wissen wir nicht.

Was Banffy, dem „Pascha von Bistritz,“ in Ungarn verhältnismäßig leicht gelungen war, mißriet in Österreich dem Minister „mit der eisernen Hand,“ Badeni, den man ausdrücklich aus Galizien dazu berufen hatte, den Ausgleich durchzusetzen, vollständig. Das politische Chaos, das er hinterließ, ist bekannt; in Österreich ist der Ausgleich durch den Paragraphen 14 oktroyiert, in Ungarn auf gesetzmäßigem Wege angenommen worden. Die vom Ministerpräsidenten Dr. von Körber mit Erfolg betriebenen Abmachungen mit Ungarn über wirtschaftliche Nebenfragen harren noch der parlamentarischen Erledigung in beiden bis jetzt obstruierenden Parlamenten. Ob sich überhaupt noch einmal Verhandlungen über einen vierten Ausgleich ermöglichen lassen werden, ist nach der bisherigen Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in beiden Reichshälften mehr als fraglich. Da aber die Ausgleichsverhandlungen, ohne Banffys Schuld, nicht den gewünschten glatten Verlauf genommen hatten, erschien seine raue Kampfnatur auch den maßgebenden Kreisen nicht mehr am Platze. Freilich wäre wohl für die dritte Erneuerung des Ausgleichs kaum auf andre Weise eine Mehrheit zusammenzubringen gewesen, doch Banffy war zu gewalttätig und rechtswidrig dabei verfahren, er hielt auch die nicht-magyarischen Völkerschaften in Ungarn mit harter Faust danieder, und diese hatten bei der Strömung, die unter Badeni und Thun am Wiener Hofe natürlich geworden war, einflußreiche Fürsprecher. Eigentlich wurde ihm aber der Boden daheim abgegraben. Unter Tisza und Weckerle hatte man sich so sehr in die magyarische Begehrlichkeit hineingelebt, daß die Auffassung Banffys, an dem Ausgleich von 1867 sei unbedingt festzuhalten, und das Recht der Krone sei zu achten, bei Liberalen wie Unabhängigen auf Opposition stieß, und namentlich die sogenannte Grafenpartei, die einer parlamentarischen Adelsrepublik zustrebt, und für die die Krone nur eine dekorative Bedeutung, etwa wie in England, haben soll, feindete ihn sehr an. Obgleich er das berüchtigte Ortsnamengesetz einbrachte, das einer großen Anzahl von Städten ungarische, in der ganzen Welt sonst unbekannte Namen gab, zettelte man ihm eine Obstruktion im Reichstage an, der Banffy natürlich hartnäckig Widerstand leistete. Die Obstruktion, die an Wildheit nichts zu wünschen übrig ließ, richtete sich anscheinend gegen die Person Banffys, in Wirklichkeit aber gegen den konservativen Standpunkt, den er dem Ausgleich von 1867 gegenüber einnahm, ein Teil der Liberalen, die Nationalpartei und die Kossuthianer beteiligten sich dabei. Als auch der Präsident des Abgeordnetenhauses, Szilagyi, aus der liberalen Partei ausgetreten war, tauchte plötzlich

Koloman von Szell als „ehrlicher Makler“ auf. Er erhielt durch Banffys Vermittlung eine Audienz beim Monarchen und kehrte als der künftige Ministerpräsident zurück.

Herr von Szell ist kein Freund geräuschvoller Kämpfe und brutaler Gewalt. Unter den gegebenen Verhältnissen mußte deshalb schon sein Amtsantritt das Ende der liberalen Partei bedeuten, der Tisza den Stempel seines Geistes aufgedrückt, und die beinahe ein Vierteljahrhundert lang Ungarn despotisch beherrscht hatte. Szells erste Tat war die Vereinigung der unter der Führung des Grafen Albert Apponyi stehenden Nationalpartei mit der bisherigen Regierungspartei, die dadurch äußerlich wohl zu einer ungeheuern Mehrheit anschwell, innerlich aber nicht mehr einen dauernden Zusammenhalt verbürgte. Die neue Partei enthielt zunächst die geringe Anzahl persönlicher Anhänger Szells, dann die ehemalige Tisza-Banffygruppe und die seitherige Nationalpartei, außerdem in der Mehrzahl schwankende Elemente, die sich der jeweilig in der Partei herrschenden Meinung anzuschließen pflegten. Die Anhänger Tiszas und die Nationalpartei sind streng genommen grundsätzliche Gegner, die nur durch die gemeinsame Opposition gegen die Kossuthianer und die katholische Volkspartei zusammengehalten werden konnten. Die Tiszagruppe schien für Szell am meisten bedenklich zu sein, und er schwächte sie darum auch bei den Wahlen des Jahres 1900, sogar der alte Tisza fiel in seinem langjährigen Wahlkreis Großwardein durch; er ist inzwischen gestorben. Auch Graf Apponyi schien dem neuen Ministerpräsidenten unbequem zu sein, denn obgleich dieser wußte, daß die Tiszagruppe alles aufbieten würde, dem bisherigen Führer der Nationalpartei seinen alten Wahlort in Saszberenyi zu entreißen, ernannte er trotzdem dort als Wahlkommissar einen wütenden Anhänger der Tiszapartei, der an Wahlbeeinflussungen das unglaublichste leistete, sodaß Apponyi nur mit Mühe gewählt wurde. Auch sonst waren die von Szell angekündigten „reinen“ Wahlen nicht ganz zweifelsohne; die Wahlkorruption trat ebenso wie früher zutage, und in Pinczahely wurden von dem aufgebotenen Militär acht Menschen erschossen. Der „moralische“ Erfolg der „reinen“ Wahlen war, daß die große Regierungspartei insgesamt etwa dreißig Mandate einbüßte, von denen die Mehrzahl den Kossuthianern zufiel, es waren auch — seit Tiszas Zeiten zum erstenmal wieder — fünf „nationale“ (nicht magyarische) Kandidaten gewählt worden, was den Regierungsblättern einige Sorge bereitete. Größer war freilich die Gefahr des geringen innern Zusammenhalts der Regierungspartei selbst.

Szell war kein Mann von festen Grundsätzen und wurde als Politiker nie sehr ernst genommen. Auch der alte Deak, der ihm seine Pflegetochter zur Frau gegeben hatte, schätzte wohl den tüchtigen Viehzüchter von Ratot, aber von seiner staatsmännischen Befähigung hatte er nur eine geringe Meinung. Ehrgeiz und Eitelkeit waren es vorwiegend, die Szell ins politische Leben zogen. Schon 1865 ließ er sich ins Abgeordnetenhaus wählen; seine Stellung als Finanzminister im Kabinet Wenkheim, dem er 1875 neben Tisza angehörte, war nur von kurzer Dauer, mehr sagte ihm das für glänzende Repräsentation geeignete Amt des Abgeordnetenhauspräsidenten zu, das er später

längere Zeit bekleidete. Man kann heute noch nicht deutlich erkennen, ob Szell bei der Übernahme des Ministerpräsidiums wirklich von der Überzeugung getragen war, daß in Ungarn die Gewaltherrschaft der Magyaren im Sinne Tiszas und Banffys nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, oder ob er mit seiner Absicht einer allgemeinen Vermittlung und Versöhnung, mit der er in Wien einen bedeutenden Eindruck gemacht zu haben schien, einem weit- sichtig angelegten Plane der bisherigen Nationalpartei, die wegen ihrer agrarischen Bestrebungen mit der katholischen Volkspartei und den slawischen Strömungen, wegen ihrer Selbstständigkeitspläne mit den Kossuthianern durch sichtbare Fäden verknüpft war, zum Opfer gefallen ist.

Es wäre Unrecht, wenn man nicht anerkennen wollte, daß er viel Treffliches geleistet hat. Er hatte zunächst den parlamentarischen Frieden hergestellt und verschiedene Mißbräuche im öffentlichen Leben, die sich unter der magyarischen Gewaltherrschaft Tiszas und seiner Nachfolger in Ungarn zu ständigen Einrichtungen entwickelt hatten, auf gesetzlichem Wege abgeschafft. So hat er das sogenannte Inkompatibilitätsgesetz zu stande gebracht, das dem schmählichen geschäftlichen Deutemachen der Politiker ein Ende machte und bei den letzten Wahlen allein 84 frühere Mandatsinhaber veranlaßt hatte, auf ihre Wiederwahl zu verzichten, weil sie eine Stellung als Reichstagsabgeordnete nicht mehr mit ihren Verwaltungsratsposten und andern bürgerlichen Berufen als vereinbar betrachten durften. Er hat ferner das Gesetz über die Kurialgerichtsbarkeit geschaffen, wonach die Entscheidung in Wahlstreitigkeiten nicht mehr der Parlamentsmehrheit sondern einem besondern Gerichtshofe zusteht, und dadurch sind die offiziellen Kandidaturen sowie die Ausbeutung der Macht zu Parteizwecken — im Prinzip — beseitigt und der Weg gebahnt, auf dem einmal die ungarischen Wahlen wirklich gesetzmäßig werden könnten.

Freilich haben die letzten Wahlen dargetan, wie wenig so tief eingewurzelte Zustände durch ein solches Gesetz beseitigt werden können, und daß dieses in der Hauptsache vorläufig nur auf dem Papier steht. Aber bei aller Anerkennung dieser Tatsachen muß man doch zugeben, daß Herr von Szell für eine so weitausschauende Versöhnungspolitik, falls eine solche überhaupt möglich ist, nicht die nötige staatsmännische Begabung hatte. Berauscht von den ersten Erfolgen seiner Versöhnungstätigkeit wollte er alle Ungarn um sich vereinen, aber er, der der Führer sein wollte, wurde bald der Geführte, in einzelnen Fällen sogar der Angeführte. Jedenfalls verstand er es nicht, zu verhindern, daß die Stimmung in der großen Regierungspartei bald ausschließlich von der ehemaligen Nationalpartei beherrscht wurde. Vielleicht um dem entgegenzuwirken, wahrscheinlicher aber wegen der Stimmung bei Hofe, wo die Nationalpartei sehr wenig Sympathien hat, vermied es Szell so lange wie möglich, den Führern dieser Partei die ihnen nach den Parteigebräuchen zustehenden und heiß begehrten Ministerstze zu überlassen. Mehrfach wurde das Gerücht ausgestreut, Horanszky werde Minister des Innern werden, aber Koloman von Szell dachte gar nicht daran, dieses für seine Machtfstellung wertvollste Amt aus seiner Hand zu geben. Erst als Szilaghi plötzlich ge-

storben war, wurde Graf Apponyi Kammerpräsident, und Horanszky, für den Hegedues Platz machen mußte, erhielt das wenig verheißungsvolle Handelsministerium. Herr von Szell hatte darin Erfahrungen, denn er hatte schon dem klugen Dr. Raizl seinerzeit mit der sogenannten Szellschen Klausel in der Dauer des Bankstatuts nachgeben müssen und stand jetzt in den Zoltarif- und Ausgleichsverhandlungen dem ihm weit überlegnen Ministerpräsidenten Dr. von Körber gegenüber, der früher selbst Handelsminister gewesen war. Möchte Horanszky, dem man die Verantwortung für die etwaigen Mißerfolge zuschieben konnte, den verhängnisvollen Posten übernehmen. Horanszky starb übrigens nach wenig Monaten. Wenn aber Szell gemeint haben sollte, daß er den Grafen Apponyi auf dem verhältnismäßig neutralen Posten des Kammerpräsidenten „kaltgestellt“ habe, so sollte er bald aus seiner Täuschung gerissen werden. Er hatte ja auch geglaubt, daß es nur der Auflösung der Nationalpartei und des Eintritts ihrer Mitglieder in die Regierungspartei bedürfe, sie auch für ihr Programm zu gewinnen, während sich Graf Apponyi und Horanszky in der Erinnerung an die Vereinigung der Tiszagruppe mit der Deakpartei der Erwartung hingegeben hatten, daß es ihnen durch die Vereinigung möglich sein werde, ihr Programm auf die Regierungspartei zu übertragen. Sie hatten richtiger kalkuliert, der radikalere Flügel einer Partei pflegt ja in den meisten Fällen die Oberhand zu gewinnen.

(Schluß folgt)



Die mittelalterliche Religionsanschauung und ihre Beziehungen zur Gegenwart



Die Bedeutung des Mittelalters für den Fortschritt der Menschheit im allgemeinen wurde und wird gewöhnlich sehr verschieden beurteilt. Während der selbstgefällige Rationalismus des achtzehnten Jahrhunderts über die „Nacht des Mittelalters“ vornehm lächelte und diese wichtige Periode der Weltgeschichte, in der sich germanische Kraft mit der Innigkeit und Gemütsentiefe des Christentums vermählte, als Zeit finstern Aberglaubens betrachtete, fanden die Romantiker des neunzehnten Jahrhunderts in ihrer schwärmerischen Vorliebe für das Mittelalter nicht Worte genug, dessen dichterische Schätze, poetische Lebensauffassung, Frömmigkeit, Gemütsentiefe usw. zu preisen. Seitdem man sich einerseits von dem „gottverlassenen Vernunftkultus“ des achtzehnten Jahrhunderts emanzipiert hat und andererseits aus der romantischen Phantasieberauschung in der Kindheit des neunzehnten Jahrhunderts erwacht ist, ist die nüchterne Beobachtung und Kritik auf dem Gebiete der historischen Forschung, die jede Zeitperiode als Glied eines großen Entwicklungsprozesses auffaßt und beurteilt, zu ihrem Rechte gekommen und hat besonders den langen Zeitraum vom Untergang der antiken Kultur bis zum Anbruch der „neuen Zeit“ zum